



PRO ASYL Presseerklärung | Press Release

29.8.1995

Zum 1. Todestag von Kola Bankole: PRO ASYL: Appell gegen deutsche Abschiebep Praxis Ende der „organisierten Unmenschlichkeit“ gefordert

Einen eindringlichen Appell, die gegenwärtige deutsche Praxis der Abschiebung und Abschiebep Haft auszusetzen und zu revidieren, richtete die bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL anlässlich des ersten Todestages von Kola Bankole an Bundestag und Bundesregierung.

Kola Bankole war am 30. August 1994 unter noch immer nicht restlos aufgeklärten Umständen beim 4. Versuch der Abschiebung an Bord einer Lufthansa-Maschine gestorben, nachdem ihm ein Arzt kurz zuvor ein „Beruhigungsmittel“ gespritzt und ihn 5 BGS-Beamte geknebelt hatten.

„Kola Bankoles Tod und zwanzig Flüchtlinge, die aus Verzweiflung und aus Angst vor der Abschiebung seit Oktober 1993 starben, mahnen jeden Verantwortlichen, diese Form des menschenrechtswidrigen Freiheitsentzuges unverzüglich einzustellen“, erklärte Heiko Kauffmann, der Sprecher von PRO ASYL, am Dienstag in Frankfurt.

Wenn die Politik es weiterhin „sehenden Auges“ zuließe, daß Menschen, die oft über Monate ohne eine ihrer Not angemessene Hilfe, Beratung und Betreuung in „diese finstersten Orte unserer Demokratie“ weggesperrt und aus Angst, Hoffnungslosigkeit und Zermürbung zu diesen Verzweiflungstaten gedrängt würden, mache sie sich mitschuldig am Verlust von Rechtsstaatlichkeit und Menschlichkeit in Deutschland.



Kauffmann erinnerte auch an den Tod von Cemal Altun, der sich vor 12 Jahren – am 30. August 1983 – durch einen Sprung aus dem 6. Stock des Berliner Gerichts das Leben nahm.

„Wer in deutscher Abschiebehaft lieber den Freitod wählt als sich in sein Heimatland zwangsweise zurückfliegen zu lassen, muß triftige und wichtige Gründe für einen Asylantrag gehabt haben“, so Kauffmann weiter.

Es müsse jetzt schnellstens zu einer Korrektur dieser offenkundigen Fehlentscheidung der Politik kommen, sonst nehme der Rechtsstaat Schaden. Die Zivilcourage aller Bürgerinnen und Bürger sei gefordert, sich der „organisierten Unmenschlichkeit“ der Massenabschiebung in Deutschland zu verweigern.
